

Jahrestagung Kerntechnik 2005

10. Mai 2005

Grußwort

Dr. Walter Hohlefelder

Präsident des Deutschen Atomforums

Es gilt das gesprochene Wort.

Sperrfrist: 10. Mai 2005, 17.25 Uhr

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

üblicherweise hätte ich Sie als Präsident des Deutschen Atomforums heute Morgen begrüßt. Das war leider nicht möglich. Das tut mir leid. Manche Terminkollision ist beim besten Willen nicht zu vermeiden. Wenn auch zum Schluss des Plenartages, so doch nicht weniger herzlich möchte auch ich Sie zur Jahrestagung Kerntechnik 2005 hier in Nürnberg begrüßen. Wie aus dem Programm ersichtlich, haben Sie heute schon eine Reihe sehr interessanter Vorträge gehört. Allen Referenten und Madame Lauvergeon, der Vorstandsvorsitzenden von Areva, die ich seit vielen Jahren kenne und schätze, meinen herzlichen Dank dafür, dass Sie mit Ihren Vorträgen zum Gelingen des heutigen Tages beigetragen haben.

Für die beiden kommenden Tage wünsche ich Ihnen neben interessanten Fachvorträgen und Diskussionen auch genügend Raum für persönliche Begegnungen.

Lassen Sie mich an dieser Stelle all denen danken, die mit der Vorbereitung und Durchführung dieser Jahrestagung betraut waren, insbesondere den Mitgliedern des Programmausschusses.

In der heutigen Plenarsitzung wurde die gesamte Thematik Kernenergie von der Versorgung über die Erzeugung bis hin zur Entsorgung ziemlich umfassend beleuchtet. Umso schwerer ist es hier als letzter Redner Ihre Aufmerksamkeit noch zu fesseln. Ich versuche es trotzdem, möchte Ihre Geduld aber nicht allzu lange strapazieren.

Vor einem Jahr war auf der Jahrestagung neuer Optimismus, ja, eine gewisse Aufbruchstimmung mit Händen zu greifen. Wenn man die Geschichte der

Kernenergie in Deutschland kennt, dann weiß man die Feststellung hoch zu schätzen: Wir haben seitdem keinen Rückschlag erlebt. Im Gegenteil: Das Thema Kernenergie hat sich weiter positiv entwickelt.

Rückblickend auf das vergangene Jahr kann man sagen, es war für die Kernenergie insgesamt ein gutes Jahr. Die Brennelementtransporte verliefen reibungslos, der Bau der Zwischenlager geht voran und in der Öffentlichkeit gab es keine lautstarken Auseinandersetzungen zum Thema Kernenergie.

Unseren Kernkraftwerken ist diese Ruhe gut bekommen. 2004 lagen die deutschen Kernkraftwerke im weltweiten Vergleich wieder ganz vorn. Fünf der zehn weltweit besten Produktionsergebnisse wurden von deutschen Kernkraftwerken erzielt. Mit einer vergleichsweise niedrigen Anzahl von 18 Reaktoren produzierte Deutschland nach den USA, Frankreich und Japan die vierthöchste Strommenge. Dieses Ergebnis ist nicht nur simpel eine Produktionsmenge, dahinter verbirgt sich mehr: Sie ist ein Beleg für die Sicherheit und Zuverlässigkeit der Anlagen sowie die Qualifikation und Motivation der Mitarbeiter in den Kernkraftwerken, denen ich an dieser Stelle für ihre verantwortungsvolle Arbeit danken möchte. So komplex sah das BMU das Produktionsergebnis natürlich nicht, sondern fühlte sich provoziert und erklärte umgehend nach Veröffentlichung der 2004er Zahlen unter der Überschrift: „Was die Atomlobbyisten gerne verschweigen: Atomausstieg kam 2004 einen großen Schritt voran.“ So kann man das auch sehen.

In der internationalen Entwicklung gewinnt die Kernenergie immer mehr an Boden. In Finnland wird der EPR gebaut, Frankreich hat die Bauentscheidung für den EPR getroffen. In Schweden befürwortet mittlerweile die Mehrheit der Bevölkerung die Kernenergie. Auch aus Italien, Großbritannien und Polen kommen positive Signale.

Meine Damen und Herren,

angesichts der immer drängenderen Fragen nach der künftigen Energieversorgung in Deutschland hat sich im vergangenen Jahr die Einstellung der Öffentlichkeit zur Kernenergie weiterhin pragmatisch entwickelt. Die Ergebnisse der im letzten Herbst durchgeführten Umfrage des Instituts für Demoskopie Allensbach zum „Meinungsklima Kernenergie 2004“ lassen erneut auf eine leichte Stimmungsverbesserung zugunsten der Kernenergie schließen. Die Wunschenergien der deutschen Bevölkerung sind Sonnen- und Windenergie (Platz 1 und 2), gefolgt von Erdgas. Das verwundert nicht weiter. Auf Platz 4, deutlich **vor** Erdöl und Kohle, liegt die Kernenergie. Das verwundert schon eher. Darauf lässt sich aufbauen. Wenn auch Sonne und Wind die Wunsch-Primärenergieträger der Deutschen sind, so ist aber lediglich ein gutes Viertel der Bevölkerung (28 %) bereit, für den Ausbau regenerativer Energien höhere Strompreise zu zahlen. Die Mehrheit ist dazu nicht bereit. Als Nachteile der Kernenergie werden in erster Linie „Gefahren durch den Atommüll“ (81 %) und die ungeklärte Entsorgung der Abfälle (71 %) genannt. Ich denke, das zeigt ganz deutlich, wo die Schwerpunkte bei der politischen Arbeit gesetzt werden müssen.

Im Bereich der Endlagerung müssen wir raus aus der Stagnation und zu konkreten realen Fortschritten kommen. Das wird nur der Fall sein, wenn wir am Zwei-Endlager-Konzept festhalten und die in der Verständigung vereinbarte Schrittfolge zur Endlagerung zügig umgesetzt und nicht weiter verzögert wird. Der ewige Verweis auf die Vergangenheit und das gestartete Flugzeug ohne Landebahn hilft nicht weiter. Deshalb lehnen wir auch das von Minister Trittin propagierte so genannte Ein-Endlager-Konzept ab, weil es praktisch auf eine Verschiebung der Lösung der Endlagerfrage auf den St. Nimmerleins-Tag

hinausläuft. An dieser Stelle möchte ich Herrn Minister Sander für seine eindrucksvollen Darlegungen zum Thema Entsorgung danken.

Meine Damen und Herren,

die relative Ruhe in der Öffentlichkeit darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass die wirklich drängenden Probleme der künftigen Energieversorgung ihrer Lösung keinen Schritt näher gekommen sind. Die Politik wiegt die Öffentlichkeit in Ruhe, indem sie sie glauben lässt, der Ausstieg aus der Kernenergie sei quasi schon erledigt, alles Weitere werden Wind und Sonne richten. Die energiepolitische Diskussion reduziert sich gegenwärtig vordergründig auf das Thema Strom- und Gaspreise und den bevorstehenden Start der Regulierungsbehörde – das ist weder innovativ noch leistet es irgendeinen Beitrag zur Lösung der wirklichen Probleme.

Im Übrigen macht diese Diskussion die Widersprüche in der deutschen Energiepolitik besonders deutlich: Einerseits werden hohe Strompreise im Interesse der Ressourcenschonung vehement gefordert und die Preise durch steigende Abgaben an die öffentliche Hand hoch getrieben, andererseits singt die Politik den Medienkanon der unerträglich steigenden Strom- und Gaspreise mit.

Ende Februar ist die so genannte Dena-Studie veröffentlicht worden. Sie beschäftigt sich zwar in erster Linie mit den Optionen des Windausbaus, seinen Kosten und seinen Randbedingungen. Mit ihren Szenarien zeichnet sie aber auch das Gesamtbild der deutschen Energieversorgung in den kommenden Jahren.

Sie zeigt, dass

- wir gravierende Probleme mit der Versorgungssicherheit bekommen werden,
- die Integration der Windenergie in das bestehende System extrem schwierig und auch risikobehaftet ist, aber auch seine natürlichen Grenzen hat,
- der Ausbau der Windenergie mit enormen Kosten verbunden ist. (Mit zusätzlich 1,15 ct/kWh wird sich der Kostenanteil der Windenergie gegenüber heute in etwa verdreifachen.)
- im Betrachtungszeitraum bis 2015 trotz aller Anstrengung die CO₂-Bilanz eher bescheiden ist und die Vermeidungskosten mit 60 Euro/Tonne deutlich teurer sind als bei alternativen Investments und
- Ausbauszenarien von 30.000 MW und mehr im Bereich off-shore-Wind keine Realisierungsperspektive haben.

Der Wert der Studie liegt nicht nur in ihren Ergebnissen sondern vor allem darin, dass sie nicht Illusionen hinterherläuft, sondern von Realismus geprägt ist. Das lässt hoffen. Denn wir brauchen in Deutschland nicht länger eine Energiewende hin zur Illusion sondern eine Energiewende zur Realität.

Auf einen Aspekt der Studie möchte ich Ihre Aufmerksamkeit besonders lenken: Die in der Studie enthaltenen Erzeugungsszenarien zeigen, dass ein großer Teil der abgehenden Kernkraftwerke auch durch konventionelle Kraftwerke ersetzt werden muss. Allein bis 2015 wird ein windenergiebedingter Zusatzbedarf von 7.030 MW errechnet.

Die Vorstellung, die Kernenergie durch regenerative Energieträger ersetzen zu können, erweist sich als das, was es von vornherein war, nämlich als Illusion. Die Folgen sind in den Emissionsbilanzen der Dena-Studie ablesbar: trotz des

unterstellten, massiven Windanlagenausbaus kann das CO₂-Emissionsvolumen gerade einmal auf dem Niveau von 2003 stabilisiert werden. Die langfristigen Ziele der CO₂-Emissionsreduzierung werden somit deutlich verfehlt.

Ein umfassender CO₂-freier Ersatz der CO₂-freien Kernenergie wird erst möglich sein, wenn die CO₂-Abscheidung und Lagerung bei fossilen Kraftwerken technisch, wirtschaftlich und unter Effizienzgesichtspunkten gelöst ist. Das wird aber nach Einschätzung der Experten nicht vor 2025 der Fall sein. Und auch Strom aus off-shore-Wind wird in großem Umfang nicht so schnell zur Verfügung stehen, wie die Dena-Studie zeigt. Damit kommt der Ausstieg aus der Kernenergie unter CO₂-Aspekten jedenfalls zu früh. Die Emissionsbilanzen der Dena-Studie zeigen eindeutig, dass der Ersatz von Kernkraftwerken mit fossilen Kraftwerken heutiger Bauart eine klimapolitische Sackgasse ist. Diese Investitionsentscheidungen würden den Erzeugungsmix bis über die Mitte des Jahrhunderts hinaus prägen. Für clean-coal und Erneuerbare wäre insoweit kein Raum. Diese Erkenntnis greift immer mehr Platz – bis hinein in die Reihen der Protagonisten der Erneuerbaren.

Spätestens an dieser Stelle ist Anlass für die Feststellung: Die deutsche Energiewirtschaft steht zur Verständigung – und das ist nicht nur so dahergesagt, sondern ernst gemeint. Aber: Die Verständigung enthält kein Denkverbot. Wenn sich ergibt, dass die Abschaltung der Kernkraftwerke die Zukunft der Regenerativen und den Fortschritt bei den fossilen Kraftwerken verbaut, ist es keine Sünde wider die Verständigung darüber nachzudenken, ob die Zeitpunkte im Lichte heutiger Erkenntnis richtig gewählt sind.

Meine Damen und Herren,

wenn es auch in der politischen Auseinandersetzung ruhig geworden ist, so ist das Verhältnis zum BMU in Fragen der Kernenergie keineswegs konfliktfrei. Der Monitoring-Runde geht die Arbeit nicht aus.

Die unterschiedlichen Auffassungen zur Endlagerung habe ich schon angesprochen.

Die bundesaufsichtlichen Weisungen bzw. die Auflagen zu Biblis und Philippsburg halten wir für schlicht rechtswidrig. Die Gerichte müssen diesen Streit jetzt klären.

Die Absicht des BMU, das kerntechnische Regelwerk zu aktualisieren, hört sich zunächst harmlos an. Nach den ersten Ankündigungen drängt sich aber der Verdacht auf, dass die deutsche Sicherheitsphilosophie grundlegend geändert und damit der Bestandsschutz der Anlagen ausgehöhlt werden soll. Sollte das nicht der Fall sein, lassen wir uns gerne eines Besseren belehren.

Statt nationaler Alleingänge halten wir die Beteiligung am so genannten WENRA-Prozess für besser, in dessen Rahmen derzeit die europäischen Kernenergie-Regulatoren europäische "reference-levels" und "best practice" erarbeiten.

Diese Regeln sollen gerade nicht den kleinsten gemeinsamen Nenner bei der nuklearen Sicherheit in der EU festschreiben. Vor diesem Hintergrund einer EU-weiten Harmonisierung sicherheitstechnischer Anforderungen ist es nicht nur sinnvoll sondern auch geboten die Arbeiten der WENRA abzuwarten und in

diesem Kontext das deutsche Regelwerk ggf. fortzuentwickeln. Wir Betreiber sind bereit, diesen Prozess konstruktiv zu begleiten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

abschließend möchte ich noch ein wichtiges Thema ansprechen: das Problem des kerntechnischen Nachwuchses. Entsprechend der Verständigung zwischen Bundesregierung und EVU über den weiteren Betrieb der Kernkraftwerke würde das letzte Kernkraftwerk um 2020 abgeschaltet. Wenn man dann noch Rückbau und Entsorgung berücksichtigt, werden noch bis Mitte des Jahrhunderts hochqualifizierte Fachkräfte auf dem Gebiet der Kerntechnik benötigt. Vor diesem Zeithorizont stellt sich nachdrücklich die Frage nach dem Kompetenzerhalt in der Kerntechnik. In den letzten Jahren scheint die Motivation junger Leute für eine kerntechnisch orientierte Berufsausbildung jedenfalls nicht sehr ausgeprägt gewesen zu sein. Setzt sich dieser Trend weiter fort, so geht mittelfristig bei einem gleichzeitig steigenden Bedarf die Schere zwischen Angebot und Nachfrage inakzeptabel weit auseinander.

Die Kernenergiebranche selbst hat bereits reagiert, um auf vielfältige Weise den Know-how-Erhalt langfristig zu sichern und stets abrufbar zu haben. Wir engagieren uns weit über unser unternehmensspezifisches Interesse hinaus beispielsweise durch die Mitfinanzierung von Forschungsprojekten. Ganz besonders freue ich mich darüber, dass wir auch in diesem Jahr wieder einen Kernenergie Campus haben. Dieser richtet sich an Schüler und junge Studierende und soll Unterstützung bei der beruflichen Orientierung geben.

Auch der Staat sollte ein massives Interesse an gut ausgebildeten Fachleuten, auch in der Breite der Nuklearwissenschaft – einschließlich Grundlagenforschung und Kernfusion – haben. Hier müssen die erforderlichen

Weichen für Hochschulen und Institute gestellt werden. In der morgigen Fachsitzung „Aktuelle Entwicklungen zur Sicherung von Know-how und Kompetenz in der Kerntechnik“ wird die Problemstellung sicher umfassend dargestellt, diskutiert und hoffentlich auch weiteren Lösungsansätzen zugeführt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

mit der Hoffnung, dass von der diesjährigen Jahrestagung Kerntechnik ein weiterer Impuls für eine ideologiefreie Diskussion der künftigen Energieversorgung in Deutschland ausgeht, die den Zielen Klimaschutz, Versorgungssicherheit und Wirtschaftlichkeit gleichermaßen gerecht wird, verbinde ich alle guten Wünsche für einen erfolgreichen Verlauf der Jahrestagung Kerntechnik 2005.